

„Achtung Lebensgefahr, Sprengung des Knastgebäudes!“

Protest gegen Abschiebehäft kann vielfältig sein. Über militante Praxis, eine misslungene Sprengung und die Geschichte des Abschiebehäftgefängnisses Köpenick-Grünau in Berlin. Von der Initiative *Wir sind nicht alle*.

120 Kilogramm Sprengstoff. Das hätte reichen sollen, um die Statik des leerstehenden Gefängnisbaues in Berlin-Grünau schwer zu beschädigen – schwer genug, um eine geplante Wiedereröffnung des ehemaligen DDR-Frauengefängnisses als Abschiebehäfteinrichtung mit rund 350 Plätzen zu verhindern. Doch zu der geplanten Explosion kam es nicht. In der Nacht des 11. April 1995 stieß eine Polizeistreife an einem Parkplatz im Berliner Außenbezirk Grünau zufällig auf zwei verlassene Fahrzeuge. In einem der beiden, einem Lieferwagen, fanden sie eine einsatzbereite Bombe mit 120 kg Sprengstoff aus einem Natriumchlorid-Pudermisch-Gemisch, selbst gebaut und mit Zeitzündern versehen. Zudem mehrere Warnschilder mit dem Hinweis „Achtung Lebensgefahr, Sprengung des Knastgebäudes! Das K.O.M.I.T.E.E.“ sowie die Ausweisdokumente dreier Personen.

Mit diesen Hinweisen eröffnet der Staatsschutz als *SoKo Osterei* daraufhin eine großangelegte Fahndung. Es folgten Hausdurchsuchungen bei den Besitzern der Pässe sowie in ihrem gesamten Umfeld, Vorladungen und versuchte DNA-Entnahmen – doch die drei gesuchten Personen blieben seit diesem Tag untergetaucht.

Das *K.O.M.I.T.E.E.* war als linksradikale militante Gruppe Mitte der 1990er Jahre aktiv. Am 6. September 1995 erschien in mehreren Tageszeitungen eine Erklärung des *K.O.M.I.T.E.E.* zu ihrer missglückten Aktion, überschrieben mit: „Knapp daneben ist auch vorbei.“ Sie enthielt neben der Auflösungserklärung der Gruppe auch eine Reflexion linksradikaler militanter Praxis, darunter die Frage, welche Aktionen gegen die Abschiebemaschinerie angemessen seien: „Eine Linke, die zurecht von sich behauptet, der Bau



und Betrieb von Abschiebeknästen sei ein Verbrechen, aber nicht alle Möglichkeiten den Bau zu verhindern, ernsthaft in Betracht zieht, schafft sich ihre Perspektivlosigkeit auch ein Stück weit selbst, sie hat ihre Niederlage schon im eigenen Kopf erlitten.“

Als weiteren Grund seiner Aktion gab das *K.O.M.I.T.E.E.* den Umgang der Bundesbehörden mit kurdischen Aktivist*innen an. Während die Bundesregierung Waffen an die Türkei lieferte, würden Kurd*innen kriminalisiert und Repressionen ausgesetzt. Die Einstufung der *PKK* als Terrororganisation und das Verbot kurdischer Vereine diene nur dazu, Kurd*innen einfacher abschieben zu können.

Das Gefängnis Grünau

Im November 1995 wurde die Abschiebehaftanstalt Grünau dann wie geplant eröffnet. Die Inbetriebnahme war Folge der bundesweit rasanten Ausweitung von Abschiebungen aufgrund der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl zum 1. Juli 1993. Diese euphemistisch „Asylkompromiss“ genannte Gesetzesänderung war die zynische Antwort der Politik auf die Pogrome und Anschläge gegen Geflüchtete und Migrant*innen, wie sie in Rostock-Lichtenhagen, Mölln und anderswo stattfanden. Die Berliner Senatsverwaltung des Inneren hatte die Ausweitung von Abschiebungen für Berlin vorangetrieben und legte die Pläne für den Umbau des Gefängnisses in Köpenick-Grünau vor, denn die bisherigen Einrichtungen reichten angeblich nicht mehr aus.

Die relative Nähe Grünaus zum Flughafen Schönefeld sollte einen „reibunglosen Ablauf“ von Abschiebungen gewährleisten. Man warb zudem mit der gewonnenen „Lebensqualität“ im Neubau: Damals wie heute wurden die neu errichteten Abschiebegefängnisse als angeblich sozial und lebenswert gelobt. Und damals wie heute geht die zynische Beschreibung vollständig an der Realität vorbei.

Widerstand gegen Abschiebungen

Die Geschichte des Abschiebegefängnisses Grünau ist – wie überall – auch eine Geschichte des Widerstandes der dort Inhaftierten – einem Widerstand, dem nur der eigene Körper als Mittel zur Verfügung steht. Diverse Durst- und Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen oder bevorstehende Abschiebungen wurden über die Jahre hinweg durch Unterstützer*innen außerhalb der Mauern publik gemacht und verbreitet. So zum

Beispiel über das unabhängige, linke Internetportal Indymedia: „Seit dem 18. April 2005 verweigern die 17 Gefangenen jegliche Nahrungsaufnahme, um sich gegen ‚unmenschliche Behandlung‘ in dem Gefängnis zu wehren. Sie protestieren gegen lange Haftzeiten ohne Entscheidung und gegen schlechte Behandlung und Übergriffe durch Polizeibeamte.“ Laut einer kleinen Anfrage der PDS-Fraktion in Berlin, gab es allein im ersten Halbjahr 2000 228 Hungerstreiks in Köpenick-Grünau.

Bis 2003 sind in Grünau zudem 17 Selbstverletzungen und 26 Selbsttötungsversuche sowie mehrere Suizide dokumentiert. Gründe waren damals wie heute Verzweiflung und Panik vor der drohenden Deportation oder Protest gegen die menschenunwürdigen Zustände in der Haft. Im *Umbruch-Bildarchiv* ist etwa zu lesen: „Am Samstag, den 5. Januar 2008 zogen rund 200 Menschen zum Abschiebeknast Grünau. Anlass war der Tod eines 28-jährigen Gefangenen aus Tunesien, der am Neujahrsmorgen nach offiziellen Angaben an den Folgen eines Suizidversuchs verstarb.“

Die Berliner *Initiative gegen Abschiebehäft* machte über viele Jahre die Haftbedingungen in Grünau öffentlich und kritisierte grundlegend das System Abschiebehäft wie auch die Abschiebemaschinerie an sich. Sie führte Interviews mit ehemaligen Inhaftierten, dokumentierte Übergriffe durch Personal oder Polizei und die Gegenwehr der Inhaftierten im Abschiebegefängnis. Ihrer Arbeit ist es unter anderem zu verdanken, dass Situation und Gegenwehr hinter den Mauern sichtbar wurden, dass Schmerz und Wut der Betroffenen Namen und damit Gesichter erhielten und dass dieses Wissen bis heute erhalten geblieben ist.

Im November 2015 schloss der Abschiebeknast Grünau schließlich nach 20 Jahren Nutzung.

Neuerliche Ausweitung der Abschiebehäft

Die politische Situation der 1990er Jahre erhält derzeit ein Comeback. Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte und Angriffe auf Menschen, die als vermeintlich nicht deutsch genug empfunden werden, gehen einher mit einer rassistischen Abschiebe-Politik, die mit dem angeblichen Bedürfnis nach allumfassender Sicherheit begründet wird. Bundesweit werden neue Abschiebegefängnisse gebaut und neue Haftplätze geschaffen: Allein 2018 haben mehrere Haftanstalten ihre Pforten geöffnet, darunter Dresden, Darmstadt und München; weitere Bauten in Bayern und in Glückstadt sind in Planung.

Seit September 2018 hat auch Berlin eine neues Abschiebegefängnis – speziell für sogenannte „Gefährder“. Mit dem schwammigen Begriff als Freifahrtschein können Menschen inhaftiert werden, bei denen die Polizei allein einen Verdacht hegt, sie könnten schwere Straftaten vorbereiten. Zu diesem Zweck wurde die Jugendarrestanstalt in Berlin-Lichtenrade mit zehn Haftplätzen ausgebaut und ist zunächst für mutmaßliche Islamisten vorgesehen.

Die Initiative
Wir sind nicht alle
erinnert an ver-
gangene Kämpfe in
den Bereichen Haft
und Abschiebungen

Der Fokus militanter Praxis hat sich in den vergangenen Jahren vor allem auf die Dienstleister und Profiteure des Abschiebesystems verlagert. Mediale Kampagnen wie *Deportation Class* oder *unfAir Berlin* machen zudem deren dreckige Geschäfte öffentlich. Das in den 1990ern etablierte Kirchenasyl und aktuell das Bürger*innenasyl können helfen, Fristen zu überbrücken. Mit der Zunahme der Abschiebehaft gerät auch die „Institution Knast“ wieder in die Kritik. Bundesweit arbeiten Initiativen verstärkt an dem Thema und vernetzen sich: Die aktuelle Kampagne *100 Jahre Abschiebehaft* will dies dauerhaft bündeln.<

Die deutschen Behörden arbeiteten seit 1995 ununterbrochen an der Verfolgung der drei Untergetauchten, 2014 wurden sie schließlich fündig: Einen der Gesuchten, Bernhard Heidebreder, konnten Zielfahndern des Bundeskriminalamtes unter falschem Namen in Venezuela aufspüren und mit Hilfe der dortigen Behörden verhaften. Nach zwei Jahren Haft in Caracas kam er 2016 frei und beantragte den Geflüchtetenstatus. Dem Wunsch der deutschen Justiz auf Auslieferung in die BRD kam das südamerikanische Land nicht nach, da die Vorwürfe nach dortigem Recht verjährt seien. 2017 tauchten auch die beiden anderen Gesuchten aus dem Untergrund auf und beantragten ebenfalls in Venezuela Asyl. Nach Deutschland können sie nicht zurück, denn hier erwartet sie eine mehrjährige Gefängnisstrafe.

